



SP Frauen Schweiz  
Femmes socialistes suisses  
Donne socialiste svizzere

Bern, 27. August 2011

## **Gleichstellung – jetzt erst recht!**

**„Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger tragen das Risiko, während eine Minderheit von Spekulanten von den immer wiederkehrenden Krisen und Aufschwüngen unanständig profitieren. Doppelt betrogen sind die Frauen. Auf dem Arbeitsmarkt erhalten sie nicht den ihnen zustehenden Lohn und in ihrer „Freizeit“ kitten sie den Zusammenhalt der Gesellschaft mit Gratisarbeit“, analysiert Julia Gerber Rüegg, Co-Präsidentin der SP Frauen Schweiz. Deshalb fordert sie an der Frauenkoordination in Aarau ein Wirtschaftspaket, das auch die Geschlechterdiskriminierung beseitigt. Die vom Bund geplanten Massnahmen müssen auf ihre Auswirkungen auf die Geschlechter untersucht werden und der Spekulation muss dringend mit einer Finanztransaktionssteuer ein Riegel geschoben werden.**

Ökonomische Sicherheit bedeutet, ein stabiles Einkommen für ein würdiges Leben zu erhalten und auf eine soziale Sicherheitsstruktur zählen zu können, wenn dieses Einkommen ausfällt. Dies gilt für alle und nicht nur für einige wenige. Das Bruttosozialprodukt der Schweiz konnte in den letzten 30 Jahren kontinuierlich gesteigert werden und trotzdem haben nur wenige den Gewinn eingestrichen, während das Risiko von den Arbeitnehmenden oder dem Staat, resp. seinen Sozialversicherungen getragen wird. Diese stehen unter einem dauernden Kostendruck aufgrund einer bürgerlichen Sparwut, während für die Vermögenden Steuerreduktionen und für Finanzflüsse Deregulierungen gefordert werden. Eine ineffizientere Wachstumsstrategie ist kaum zu finden!

Nachhaltiges Wachstum muss darauf ausgerichtet sein, Ungleichheiten und Diskriminierungen auszugleichen, auch in einer Krise. Die Frauenkoordination fordert an ihrer heutigen Sitzung in Aarau Bundesrat und Parlament auf, ein umfassendes Paket für den Wirtschaftsstandort Schweiz schnüren. Dieses muss auf seine Auswirkungen auf die Geschlechter untersucht werden. Die Schuldigen der Krise, nämlich die Spekulanten sollen mit einer Transaktionssteuer belegt werden. Daneben braucht es auch zwingend langfristige Massnahmen: Diese sollen Verteilungsgerechtigkeit herstellen und Geschlechter-Diskriminierungen ausschalten. Gerade jetzt braucht es die Umsetzung des Verfassungsgrundsatzes „Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit“, die Festsetzung eines Mindestlohnes für alle und eine Umverteilung der Gratisarbeit, die in unserer Gesellschaft vor allem von Frauen geleistet wird.

„Gleich viel!“ ist unser Ziel, betonen die SP und die SP Frauen Aargau in ihrer Wahlkampagne. Das bedeutet gleich viel Lohn für Frauen und Männer, gleich viel Hausarbeit für Männer und Frauen, gleich viel Kinderbetreuung für Männer und Frauen, gleich viel Pflegearbeit von Betagten und Kranken für Männer und Frauen und gleich viele Frauen und Männer in Politik, Wirtschaft und Kultur. Diese Forderungen wurden heute zum Wahlkampagnenauftritt in Aarau auf die Strasse getragen.